

Monika Mokre und Sonja Puntscher Riekmann

ÖsterreicherInnen bleiben, EuropäerInnen werden

Die Frage nach einer europäischen Identität steht seit mehr als einem Jahrzehnt immer wieder im Zentrum europapolitischer Debatten. Manche sehen ihre Wurzeln in einer gemeinsamen europäischen Kultur, andere erwarten ihre Entstehung aus einer europäischen Öffentlichkeit. Für manche ist die Entwicklung oder Entdeckung einer gemeinsamen Identität der EuropäerInnen ein anzustrebendes Ziel, andere wiederum fürchten den Verlust ihrer nationalen oder regionalen Identität. Häufig unbeachtet bleibt in diesem Zusammenhang, was Identität eigentlich bedeutet und inwiefern sie politisch relevant ist. Mit diesen beiden Fragen wird sich dieser Artikel beschäftigen, bevor er sich dem Verhältnis zwischen nationaler und europäischer Identität widmet, das im Titel auf programmatische Art angesprochen wird.

**Gemeinsame
europäische
Identität**

**Politische
Relevanz**

Was ist Identität?

Die Begründung einer europäischen Identität auf dem gemeinsamen kulturellen Erbe Europas oder andererseits ein Verständnis nationaler Bindungen als unüberwindliches Hindernis für eine europäische Identität suggerieren, dass Identitäten historisch und kulturell begründete, stabile Formen unseres Selbstverständnisses sind. Dies entspricht indes nicht der Realität, wie wir auch aus eigener Erfahrung wissen: Je nach Kontext bezeichnet sich eine Person einmal als Österreicherin (wenn sie nach ihrer Staatsbürgerschaft gefragt wird), als Wienerin (wenn es um ihren Wohnort geht), als Südtirolerin (da sie dort geboren wurde) oder auch als Politikwissenschaftlerin oder als Mutter zweier Kinder. Alle diese (und noch diverse andere) Identitäten machen diese Person aus, stehen für ihre Selbstwahrnehmung in unterschiedlichem Maß im Vordergrund, verändern sich in neuen Lebenssituationen und Kontexten, ergänzen und widersprechen einander. Durch die Definition meiner *individuellen* Identität (etwa als Österreicherin) identifiziere ich mich mit einer Gruppe, einer *kollektiven* Identität. Kollektive und individuelle Identitäten beeinflussen einander. Manche Identitätsmerkmale (wie etwa Geschlecht oder Familienzugehörigkeit) ergeben sich mehr oder weniger direkt aus dem eigenen Lebenszusammenhang, andere sind in stärkerem Maße gesellschaftlich vermittelt. Dies gilt etwa für das Gefühl der Zugehörigkeit zu einem Nationalstaat.

**Identitäten
sind ver-
änderbar**

**Individuelle
Identität –
kollektive
Identität**

ÖsterreicherInnen sein

Die Behauptung, dass nationale politische Identität auf einer tieferen, ursprünglichen Basis beruht, nämlich auf kultureller Identität, dass eine Nation aus Menschen mit gemeinsamen Wurzeln, Normen und Werten besteht, die auch historische Erfahrungen teilen und auf-

**Konstruktion
von National-
staaten**

**Nationen –
„imaginierte
Gemein-
schaften“**

grund dieser Vorbedingungen nach der Errichtung eines gemeinsamen Staates streben, ist Teil der Konstruktion von Nationalstaaten, nicht deren Voraussetzung. Nicht der Nationalstaat wurde aufgrund der Existenz von Nationen notwendig, sondern nationale Zugehörigkeitsgefühle mussten erzeugt und mobilisiert werden, um den *demos* (das Staatsvolk) für den Nationalstaat zu schaffen. „Die Nation der Staatsbürger darf nicht mit einer vopolitischen Schicksalsgemeinschaft verwechselt werden, die durch gemeinsame Herkunft, Sprache und Geschichte geprägt ist. Denn damit wird der voluntaristische (willentliche) Charakter einer Staatsbürgernation verfehlt, deren kollektive Identität weder vor noch überhaupt unabhängig von dem demokratischen Prozess, aus dem sie hervorgeht, existiert.“¹ Nationen sind „imaginierte Gemeinschaften“ in der Formulierung von Benedict Anderson².

**Definition
von Nations-
zugehörigkeit**

Doch aus der Konstruiertheit nationaler Identität ist nicht zu schließen, dass diese Konstruktionen beliebig sind. Nationale Vorstellungen kombinieren unterschiedliche Elemente der Kultur und Geschichte um eine Nation zu begründen, während andere Interpretationen zu anderen Konstruktionen führen würden. Doch zwischen diesen kulturellen und historischen Versatzstücken und der Gemeinschaft, die sie begründen sollen, muss zumindest eine „Wahlverwandtschaft“³ bestehen. Der bedeutende Nationalismusforscher Ernest Gellner hat die verschiedenen Elemente von Nationen mit Hilfe zweier widersprüchlicher Definitionen dargestellt:

1. Zwei Menschen gehören dann und nur dann zu derselben Nation, wenn sie die selbe Kultur teilen, wobei Kultur ein System von Ideen und Ideenassoziationen, Zeichen, Symbolen, Kommunikations- und Verhaltensweisen bedeutet.
2. Zwei Menschen gehören dann und nur dann zu derselben Nation, wenn sie einander als zur selben Nation gehörend anerkennen. In anderen Worten: Menschen machen Nationen, Nationen sind Artefakte menschlicher Überzeugungen, Loyalitäten und Solidaritäten /.../. Durch gegenseitige Anerkennung werden Menschen Teil einer

Nation und nicht durch gleiche Eigenschaften welcher Art auch immer, durch die sich die Mitglieder von den Nicht-Mitgliedern unterscheiden.

Jede dieser Definitionen, die kulturelle und die voluntaristische, bieten wertvolle Einblicke. Jede von ihnen betont ein Element, das für das Verständnis von Nationalismus wichtig ist. Doch keine der Definitionen ist adäquat.“⁴

Der Zusammenhalt der gemeinsamen Kultur (die ihre Gemeinsamkeit aus der allgemeinen Anerkennung zieht) macht nationale Identitäten „dicht“ und damit schwer auflösbar. In Österreich zeigt sich dies etwa an der Bedeutung des kulturellen Erbes für das österreichische Nationalgefühl. So war die Wiedereröffnung der Wiener Staatsoper im Jahr 1955 ein wichtiges Symbol für den Neubeginn der Republik Österreich – auch für diejenigen ÖsterreicherInnen, die sich für die Oper als Kunstform nicht interessierten.



Eine Menschenmenge feierte die Wiedereröffnung der Staatsoper, die am 5. November 1955 mit einer Aufführung von Beethovens „Fidelio“ erfolgte.

© Bildarchiv Austria/ORF-Archiv

EuropäerInnen werden

Aufgrund der anerkannten gemeinsamen Kultur und Geschichte stellen nationale Bindungen für viele Menschen einen wichtigen Teil ihres Selbstverständnisses dar. Daher könnte sich eine europäische Identität, die sich in Konkurrenz zu nationalen Identitäten versteht, wohl kaum durchsetzen – auch wenn sich durchaus Versatzstücke aus der Vergangenheit finden, aus denen sich europäische Gemeinsamkeiten statt nationaler Besonderheiten konstruieren lassen. Zwar ist die Geschichte Europas wesentlich eine Geschichte europäischer Kriege, doch auch europäischer Allianzen – nicht nur der Herrscherhäuser, sondern auch der intellektuellen Eliten. Vor dem 19. Jahrhundert der Nationalstaatenbildung wurde von Denkern, wie z. B. Voltaire, nicht nationale, sondern europäische Einheit angedacht.

**Europäische
Gemeinsam-
keiten statt
nationaler
Besonder-
heiten**

Doch ist es – glücklicherweise – zu Beginn des 21. Jahrhunderts in der EU schwer vorstellbar, dass so drastische Maßnahmen zur kulturellen Vereinheitlichung getroffen werden wie in den Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts, so z. B. die Einführung einer Zentralsprache und Unterdrückung bestehender Dialekte, die Entwicklung eines einheitlichen Bildungssystems oder auch die Konstruktion von Feindbildern. Die Umdeutung kultureller Symbole nationaler Identitäten in solche einer europäischen Identität, die im Kontext der EU manchmal versucht wird, etwa durch die Betonung des gemeinsamen römischen Erbes, erscheint vor diesem Hintergrund weder zielführend noch wünschenswert.

**Kulturelle
Vereinheitli-
chung weder
zielführend
noch wün-
schenswert**

Wenn es zur Entwicklung einer europäischen Identität kommt, so wird sich diese höchstwahrscheinlich anders entwickeln als nationale Identitäten und diese auch nicht ersetzen. Doch warum sollten wir uns überhaupt um eine europäische Identität bemühen, wenn es für sie keine essenziellen Gründe gibt, wenn es eher eine Frage der Definition als eine historische Fakten ist, ob wir uns auf nationale, europäische oder auch allgemein westliche Traditionen berufen?

Europäische Identität und Demokratie

Kollektive Identität ist kein Wert an sich. Identität bedeutet nicht nur Zusammengehörigkeit und Loyalität, sondern auch Ausschluss. Wenn wir definieren, wer zu uns gehört, definieren wir gleichzeitig, wer nicht dazugehört. Dieser Ausschluss kann mehr oder weniger rigide sein, doch er ist unvermeidlicher Teil von Identitätskonstruktionen.

**Identität
bedeutet auch
Ausschluss**

Doch kollektive Identitäten haben eine wichtige Funktion. Sie ermöglichen Solidarität und Loyalität. Und dies ist insbesondere für Demokratien notwendig. Während die Stabilität etwa einer Monarchie dadurch gewährleistet ist, dass alle Untertanen die Legitimität des Monarchen/der Monarchin anerkennen, beruhen Demokratien darauf, dass die BürgerInnen die Entscheidungsgewalt der anderen BürgerInnen anerkennen und daher auch bereit sind, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren, die gegen ihre eigenen Interessen gehen.



Die EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 wurde vielerorts gefeiert. Hier wird vor zahlreichen ZuschauerInnen ein Grenzbalken an der tschechisch-deutschen Grenze durchtrennt.

© APA-IMAGES / CTK Photo / Petr Eret

Die Menschen schaffen kollektive Identität Wollen wir daher eine Demokratisierung der Europäischen Union, so müssen wir uns über europäische Identität Gedanken machen. Denn der Souverän der Demokratie ist der *demos*, und das, was aus einer Vielzahl von Menschen, die mehr oder weniger zufällig in dem gleichen Gebiet leben, den *demos* macht, nennen wir kollektive Identität.

ÖsterreicherInnen und EuropäerInnen werden

Verfassungspatriotismus als Grundlage europäischer Identität Wenn es nicht durchführbar oder auch wünschenswert erscheint, den europäischen *demos* wie den nationalen *demos* zu konstruieren, stellt sich die Frage, wie eine solche Konstruktion möglich ist. Eine häufig zitierte Antwort darauf gibt Jürgen Habermas mit seinem Konzept der postnationalen Demokratie, die auf Verfassungspatriotismus beruht, also auf einem Zugehörigkeitsgefühl, das sich nicht auf eine gemeinsame Kultur oder Herkunft bezieht, sondern auf die politische Ordnung, zu deren Legitimität man sich bekennt. Habermas wurde aus unterschiedlichen Perspektiven vorgeworfen, dass seine Vorstellungen einer postnationalen Demokratie zu sehr abgehoben von der Wirklichkeit seien (siehe Kasten). Trotzdem gilt es, auf sie – mit aller gebotenen Skepsis – zurückzugreifen, wenn wir über Möglichkeiten europäischer Identitätsbildung nachdenken. Denn auch wenn politische Partizipation keine hinreichende Bedingung für die Entstehung kollektiver Identität ist, so ist sie doch zweifellos eine notwendige. Daher ist das Verhältnis zwischen kollek-

„POSTNATIONALE DEMOKRATIE – PRO UND CONTRA“

Gemäß dem von Jürgen Habermas entwickelten Konzept der postnationalen Demokratie muss die politische Kultur von der Mehrheitskultur abgelöst werden, damit sich alle Subkulturen mit ihr identifizieren können. Die demokratische Ordnung ist nicht Folge einer derart gefassten gemeinsamen politischen Kultur, sondern Teil ihrer Entstehung. „Der demokratische Prozess selbst kann, wenn er nur in eine liberale politische Kultur eingebettet ist, eine Art Ausfallbürgerschaft für den Zusammenhalt einer funktional ausdifferenzierten Gesellschaft /.../ übernehmen. In komplexen Gesellschaften bildet die in Prinzipien der Volkssouveränität und Menschenrechte begründete deliberative Meinungs- und Willensbildung der Bürger letztlich das Medium für eine abstrakte und rechtsförmig hergestellte, über politische Teilnahme reproduzierte Form der Solidarität.“¹

KritikerInnen von Habermas wenden gegen seine sehr optimistische Beurteilung der Chancen einer postnationalen Demokratie ein, dass die Stabilität kultureller Wertmuster und Abgrenzungen dabei missachtet wird. Rainer Bauböck bringt zusätzlich das logische Argument ins Spiel, dass bei einer Form der BürgerInnensolidarität, die sich ausschließlich auf politische Werte bezieht, offen bleibt, zu welchem demokratischen Staat sich der/die BürgerIn solidarisch verhält.²

Jacques Derrida sieht zwar die Notwendigkeit postnationaler Demokratie, beurteilt ihre Realisierungschancen jedoch weitaus skeptischer als Jürgen Habermas, da sich der demokratische Gedanke aus dem Prinzip der Brüderlichkeit entwickelt habe, also aus der Idee der Blutsverwandtschaft. Auch wenn Blutsverwandtschaft für die Entstehung moderner Nationalstaaten nachweislich keine Rolle spielte, sieht Derrida doch eine „Begründung der Staatsbürgerschaft in der Nation /.../. Ein solches Band zwischen diesen beiden ihrer Struktur nach heterogenen Banden wird stets undurchsichtig bleiben, mystisch, der Rationalität wesensfremd, was nicht schon heißt, es sei schlicht und einfach irrational.“³

Ein anderer Einwand gegen das Habermas-Modell betrifft seine Vorstellung des Konsens, der durch Deliberation der BürgerInnen erreicht wird und die Grundlage einer relativ stabilen Identität schafft. Nicht alle politischen Fragen sind konsensual zu lösen. Streit um die Ziele einer Gesellschaftsordnung machen das Politische im eigentlichen Sinn aus und kollektive Identität soll diesen Streit nicht verhindern, sondern auf konstruktive Art ermöglichen. Diejenigen, die eine andere Meinung vertreten, werden dabei nicht als FeindInnen, sondern als GegnerInnen verstanden, die ein Recht auf ihre Position haben und darauf, sie zu vertreten.⁴

1 Habermas, Jürgen: Die postnationale Konstellation. Frankfurt/M. 1998, S. 117.

2 Bauböck, Rainer: European Integration and the Politics of Identity. ICE Working Paper No. 8. Wien 2000.

3 Derrida, Jacques: Politik der Freundschaft. Frankfurt 2002, S. 147.

4 Vgl.: Laclau, Ernest/Mouffe, Chantal: Hegemony and socialist strategy. Towards a radical democratic politics. London 1985.

tiver Identität und Demokratie als ein wechselseitiges zu begreifen – Demokratie braucht kollektive Identität, doch zumindest im europäischen Kontext braucht auch die Entwicklung kollektiver Identität die Möglichkeit zu demokratischer Partizipation.⁵

Eine europäische Identität, die auf dieser Grundlage konstruiert wird, hat also grundlegend andere Voraussetzungen als nationale Identitäten. Sie beruft sich nicht auf eine gemeinsame Vergangenheit, sondern auf den Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft. Sie beruht darauf, dass EuropäerInnen ein politisches System gestalten wollen, das ihren Vorstellungen und Wünschen entspricht. In diesen Vorstellungen und Wünschen sind sie sich nicht einig und werden sich auch nie vollständig einig werden. Dies liegt unter anderem daran, dass sie durch andere Identitäten geprägt sind, wie etwa durch ihre nationale Herkunft. Doch Einigkeit ist weder Voraussetzung noch Zielsetzung einer Identitätsbildung in diesem Sinn. Vielmehr geht es darum, sich auf den Streit um eine europäische Zukunft einzulassen, statt sich ihm – etwa durch den Ruf nach Re-Nationalisierung – zu entziehen.

Wunsch nach einer gemeinsamen Zukunft

In diesem Sinne bleiben wir ÖsterreicherInnen, auch wenn wir EuropäerInnen werden. Das Gefühl einer gemeinsamen österreichischen Geschichte und Kultur lässt sich durchaus mit dem Wunsch nach einer gemeinsamen europäischen Zukunft vereinen. Andererseits verändern sich unsere Identitäten ständig und verschiedene Identifikationen beeinflussen einander. Und daher wird es wohl unser Verständnis dessen verändern, was es heißt, ÖsterreicherInnen zu sein, wenn wir uns zugleich als EuropäerInnen fühlen. So dass wir zugleich ÖsterreicherInnen (in Europa) und EuropäerInnen werden.

Österreichische und europäische Identität ist vereinbar

Monika Mokre, Dr.

Politikwissenschaftlerin, stellvertretende Direktorin des EIF – Institut für europäische Integrationsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Vorsitzende der „Forschungsgesellschaft für kulturökonomische und kulturpolitische Studien (FOKUS)“, Lehraufträge an den Instituten für Politikwissenschaft in Innsbruck, Wien und Salzburg. Forschungsschwerpunkte: Europäische Öffentlichkeit, Demokratietheorie, Gender Studies, Kulturpolitik.

Sonja Puntscher Riekmann

Direktorin des EIF – Institut für europäische Integrationsforschung an der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Vorsitzende der Institutsdirektorenkonferenz der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Universitätsprofessorin für Politische Theorie unter Berücksichtigung der Europäischen Politik an der Universität Salzburg, Vize-Rektorin der Universität Salzburg, Korrespondierendes Mitglied der Österreichischen Akademie der Wissenschaften, Korrespondierendes Mitglied des Europäischen Forums Alpbach.

1 Habermas, Jürgen: Warum braucht Europa eine Verfassung?, in: Die Zeit 27/2001, http://zeus.zeit.de/text/archiv/2001/27/200127_verfassung.xml, 12.10.2005

2 Anderson, Benedict: Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism. London-New York 1991.

3 Benhabib, Seyla: Kulturelle Vielfalt und demokratische Gleichheit. Politische Partizipation im Zeitalter der Globalisierung. Horkheimer Vorlesungen. Frankfurt/M. 1999.

4 Gellner, Ernest: The Warwick Debates on Nationalism, 1995, <http://www.members.tripod.com/GellnerPage/Warwick2.html>, 12.10.2005, Übersetzung Monika Mokre

5 Vgl.: Mokre, Monika/Puntscher Riekmann, Sonja: Zur politischen Funktionalität der Rede vom europäischen Öffentlichkeitsdefizit, in: Kulturrisse 02/04, <http://igkultur.at/igkultur/europa/1087650141>, 27.11.2005.